

## **TI\_GERICHTE 38.2005.78 vom 5. November 2004**

TI Tribunale d'appello, 2004-11-05, IT

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ti\\_gerichte\\_38.2005.78\\_d20041105](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ti_gerichte_38.2005.78_d20041105)

FR: TI\_GERICHTE 38.2005.78 du 5 novembre 2004

IT: TI\_GERICHTE 38.2005.78 del 5 novembre 2004

### **Regeste**

Applicabilità del diritto CH nel caso di un cittadino italiano che, prima di iscriversi al collocamento, ha svolto un'attività subordinata in CH. Rifiuto del diritto a ID perché l'ass. non prova la residenza in CH. Guadagno intermedio all'estero non esclude il diritto a ID se l'ass. risiede in CH.

### **Erwägungen**

#### **E. 8**

Abs. 1 lit. c AVIG in der Schweiz gewohnt habe. Diese Auffassung vertritt auch das seco in seiner Vernehmlassung. Es geht unter Berufung auf das Urteil M. vom 27. Juni 2000, C 313/99, davon aus, dass entscheidend sei, ob sich die versicherte Person an denjenigen Tagen, für die sie Leistungen beanspruche, tatsächlich in der Schweiz aufgehalten habe. 6.2 Das "Wohnen" in der Schweiz im Sinne von Art. 8 Abs. 1 lit. c AVIG ist nicht im Sinne des zivilrechtlichen Wohnsitzes zu verstehen, sondern setzt den gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz voraus; verlangt werden der tatsächliche Aufenthalt in der Schweiz und die Absicht, diesen Aufenthalt während einer gewissen Zeit aufrechtzuerhalten und hier in dieser Zeit auch den Schwerpunkt der Lebensbeziehungen zu haben (BGE 125 V 466 Erw. 2a, 115 V 448; Urteile S. vom 26. Mai 2003, C 226/02, Erw. 1.1 und 2.2, F. vom 9. April 2003, C 121/02, Erw. 2.2, S. vom 13. März 2002, C 149/01, Erw. 2, P. vom 31. Juli 2001, C 303/00, Erw. 2, Erbegemeinschaft A. vom 19. April 2001, C 330/99, Erw. 3c). Zweck dieses Erfordernisses ist es, die Kontrolle der Anspruchsvoraussetzungen zu ermöglichen (BGE 125 V 468 Erw. 5, 115 V 449; erwähnte Urteile C 226/02, Erw. 1.1, C 121/02, Erw. 2.2, sowie C 330/99 Erw. 3c und 3h). 6.3 Zwar verbietet es diese Zwecksetzung, die zu Art. 42 Abs. 1 AHVG ergangene Rechtsprechung, wonach das Aufenthaltsprinzip bestimmte kurz- oder längerfristige Auslandsaufenthalte zulässt (BGE 111 V 182 f.), unbesehen auf Art. 8 Abs. 1 lit. c AVIG zu übertragen (erwähntes Urteil C 330/99, Erw. 3h; vgl. auch BGE 115 V 449). Doch ist, wie schon aus dem in der Rechtsprechung verwendeten Ausdruck "gewöhnlicher Aufenthalt" folgt, auch im Rahmen von Art. 8 Abs. 1 lit. c AVIG nicht ein ununterbrochener tatsächlicher Aufenthalt im Inland erforderlich (vgl. erwähntes Urteil C 153/03, Erw. 3; Rubin, a. a. O., S. 117; vgl. auch - e contrario - erwähnte Urteile C 149/01, Erw. 3, und C 330/99, Erw. 3g am Ende). Das Fortdauern des gewöhnlichen Aufenthalts in der Schweiz setzt aber unter anderem voraus, dass trotz Unterbrüchen des tatsächlichen Aufenthaltes weiterhin eine enge Verbindung mit der hiesigen Arbeitswelt besteht (nicht veröffentlichtes Urteil G. vom 30. November 1999, C 183/99; vgl. auch BGE 125 V 469). Keinesfalls genügt es für die Bejahung eines gewöhnlichen Aufenthalts, wenn sich der Bezug zur Schweiz auf die regelmässige Rückkehr zwecks Erfüllung der Kontrollvorschriften beschränkt (z. B. nicht veröffentlichtes Urteil H. vom 30. Dezember 1997, C 272/96). 6.4 Davon, dass ein Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung nicht von

vornherein auf jene Tage beschränkt ist, an denen sich die betroffene Person tatsächlich in der Schweiz aufhält, ging das Eidgenössische Versicherungsgericht insbesondere im bereits erwähnten Urteil I. vom 22. September 2003, C 153/03, aus. Dieses betrifft einen Bühnenbildner, der ab 1. Juli 2001 aufgrund eines einjährigen Dienstvertrages an einem deutschen Theater zu einem für die Bestreitung der Lebensunterhaltskosten nicht ausreichenden Lohn arbeitete und in Deutschland auch über eine Wohnung verfügte bzw. eine solche mitbenutzte, dabei aber aufgrund seines eher seltenen Berufs und seines fortgeschrittenen Alters sich weiträumig bewerben und bereit sein musste, im deutschsprachigen Raum eine zweite Arbeitsstelle anzunehmen, im Oktober 2001 eine medizinische Behandlung in der Schweiz durchführen liess und von Januar bis März 2002 ein Engagement an einem in der Schweiz gelegenen Theater eingehen konnte. Streitig war, ob der Betroffene von Juli bis Dezember 2001 im Sinne von Art. 8 Abs. 1 lit. c AVIG in der Schweiz wohnte. Das Eidgenössische Versicherungsgericht wies die Sache ans kantonale Gericht zurück, damit dieses hinsichtlich des gewöhnlichen Aufenthalts bzw. Lebensmittelpunkts in der fraglichen Zeit weitere Abklärungen treffe und hernach über die Beschwerde neu entscheide. Wäre ein gewöhnlicher Aufenthalt und damit das Wohnen in der Schweiz im Sinne von Art. 8 Abs. 1 lit. c AVIG allein wegen des mit dem ausländischen Arbeitsort verbundenen Auslandsaufenthalts zu verneinen gewesen, hätten sich Abklärungen zur Frage des Lebensmittelpunktes erübrigt. 6.5 Vorliegend von der im Urteil C 153/03 gewählten Auslegung abzuweichen, besteht kein Anlass. Den gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz bei einer Person, die, ohne von der Möglichkeit des Art. 69 Abs. 1 der Verordnung Nr. 1408/71 Gebrauch gemacht zu haben, einen Zwischenverdienst im Ausland erzielt, bei in der Schweiz verbleibendem Schwerpunkt der Lebensbeziehungen einzig wegen des durch diese Erwerbstätigkeit bedingten vorübergehenden Auslandsaufenthalts zu verneinen, liefe nämlich darauf hinaus, eine Person nur deshalb mit einem Rechtsnachteil zu belegen, weil sie mit einem ausländischen statt inländischen Zwischenverdienst den Erwerbsausfall mindert und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert. Dies liesse sich nach dem in Erw. 5.4 hievorigen Gesagten mit dem verfassungsmässigen Gebot der rechtsgleichen Behandlung nicht vereinbaren. Demnach kann an dem vom *seco* zitierten (älteren) Urteil C 313/99, soweit sich diesem eine vom Urteil C 153/03 abweichende Auslegung entnehmen lässt, nicht festgehalten werden. 6.6 Was den vorliegend zu beurteilenden Sachverhalt betrifft, so arbeitete die Beschwerdeführerin in den Monaten Oktober bis Dezember 2002 in Deutschland als Schauspielerin für die Firma X.\_\_\_\_\_. In der Bescheinigung über Zwischenverdienst für den Monat Oktober 2002 wurde angegeben, die Versicherte werde voraussichtlich bis Ende November 2002 weiter beschäftigt. Sowohl in der November- als auch in der Dezember-Bescheinigung wurde die Frage, ob die Versicherte noch weiter beschäftigt werde, verneint, die Frage, wer gekündigt habe, durchgestrichen und als Grund der Vertragsauflösung "Ende des Vertrages" genannt. Aus diesen drei Zwischenverdienstbescheinigungen ist zu schliessen, dass es sich - wie bei Filmproduktionen zu erwarten - nicht um eine auf längere Zeit angelegte Anstellung, sondern um einen (vielleicht nach einer anfänglich noch kürzeren Laufzeit) zunächst bis Ende November befristeten und anschliessend um wenige Wochen verlängerten Vertrag handelte. Die Versicherte suchte während ihres vorübergehenden Auslandsaufenthaltes weiterhin auch in der Schweiz nach einer Stelle. Unter diesen Umständen kann in Ermangelung von Anhaltspunkten dafür, dass der Aufenthalt in Deutschland anderen Zwecken als der Ausübung des Zwischenverdienstes gedient hätte, nicht angenommen

werden, der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen der Versicherten habe sich während des streitigen Zeitraums nicht mehr in der Schweiz befunden und die Versicherte habe keine enge Verbindung mit der schweizerischen Arbeitswelt mehr aufgewiesen. Dies gilt umso mehr, als die Beschwerdeführerin gemäss ihren glaubhaft erscheinenden und von keiner Seite angezweifelten Angaben in Deutschland in Hotels übernachtete und insbesondere an den Wochenenden an ihren schweizerischen Wohnort zurückkehrte, wo sie ihre Beziehungen zu Familie, Partner und Freundeskreis aufrechterhielt. Der Ort ihres gewöhnlichen Aufenthalts lag demnach nach wie vor in der Schweiz, sodass ein Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung für die Zeit vom 1. Oktober 2002 bis zum 22. Dezember 2002 auch nicht mit der Begründung verneint werden kann, die Beschwerdeführerin habe die in Art. 8 Abs. 1 lit. c AVIG vorgesehene Voraussetzung des Wohnens in der Schweiz nicht erfüllt. (...)" (cfr. STFA del 6 marzo 2006 nella causa B., C 290/03) Su questo tema vedi pure la STFA del 12 aprile 2006 nella causa T., C 339/05. 2.6. La giurisprudenza appena riprodotta conserva la propria validità anche dopo l'entrata in vigore della LPGa. Al riguardo, evidenziando la differenza dei termini utilizzati nelle due disposizioni – "domicilio" all'art. 13 cpv. 1 LPGa e "risiede" all'art. 8 cpv. 1 LADI – e considerato che l'art. 8 cpv. 1 lett c LADI non rinvia esplicitamente al concetto di domicilio di cui all'art. 13 cpv. 1 LPGa, Kieser nel suo Commentario osserva che: " (...) Keine ausdrückliche Abweichung von Art. 13 ATSG findet sich allerdings in Art. 8 Abs. 1 lit. c AVIG. Dort wird der Begriff des „Wohnens“ verwendet, wobei diese Anspruchsvoraussetzung nach dem bisherigen Praxis nur als erfüllt angenommen wurde, wenn auch der tatsächliche Aufenthalt besteht. Weil es in Art. 8 Abs. 1 lit. c AVIG an einem ausdrücklichen Verweis auf den Wohnsitzbegriff von Art. 13 Abs. 1 ATSG fehlt und weil diese Bestimmung nicht von Wohnsitz, sondern vom „Wohnen“ spricht, kann aus der Wohnsitzdefinition von Art 13 Abs. 1 ATSG nicht abgeleitet werden, es reiche – ausserhalb des Anwendungsbereiches von Art. 12 AVIG – in der ALV aus, den zivilrechtlichen Wohnsitzbegriff zu erfüllen (vgl. dazu auch GERHARDS, Kommentar zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, Bd. I, 112, v.a. Rz. 9 und 12 f.). Eine solche Änderung einer zentralen Anspruchsvoraussetzung kann ohne gesetzgeberischen Willen, der sich den Materialien jedoch keineswegs entnehmen lässt (vgl. BB1 1999 4553, wonach am bisherigen Anspruchssystem nichts geändert werden soll), nicht angenommen werden. Damit ergibt sich, dass – auch ohne Kennzeichnung einer Abweichung in Art. 8 Abs. 1 lit. c AVIG – die bisherige Praxis weiterhin massgebend ist. (...)." (cfr. U. Kieser, ATSG Kommentar, Schulthess 2003, ad Art. 13, n. 18, pag. 137) In questo senso si esprimono anche E. Imhof e C. Zünd in un contributo intitolato "ATSG und Arbeitslosenversicherung" pubblicato in SZS 2003, pag. 291 (296 nota 19 a piè pagina che rinvia alla giurisprudenza sopra citata). Gli stessi autori rilevano tuttavia che "Anders als hier vertreten wird, hält UELI KIESER, a.a.O. (Fn. 1), Art. 13 Rz. 18, die Kennzeichnung einer ausdrücklichen Abweichung im Rahmen von Art. 8 Abs. 1 lit. c für grundsätzlich notwendig, dagegen nicht im Rahmen von Art. 12 AVIG." (cfr. RSZ 2003, pag. 296, nota 20 a piè pagina). 2.7. Nell'evenienza concreta dagli atti di causa risulta che l'assicurato si è iscritto al collocamento il 1° maggio 2003 rivendicando da quella data il diritto a prestazioni (cfr. doc. 19/O e 19/V). Precedentemente l'assicurato, dopo la chiusura degli stabilimenti di \_\_\_\_\_ della \_\_\_\_\_ (ditta presso la quale ha lavorato dal 17 settembre 2001 al 30 giugno 2002), si è trasferito a \_\_\_\_\_ dove ha lavorato per la \_\_\_\_\_ dal 1° luglio 2002 al 30 aprile 2003 (cfr. doc. 19/Q, 19/U e 21). Durante il periodo di disoccupazione l'assicurato ha conseguito un guadagno intermedio durante i mesi da settembre a dicembre 2003 lavorando quale consulente presso la \_\_\_\_\_ di

\_\_\_\_\_ e dal 7 gennaio 2004 è occupato a tempo pieno presso la ditta \_\_\_\_\_ con sede a \_\_\_\_\_ (cfr. doc. 13 e da 19/C a 19/H). Nella sua lettera del 27 settembre 2004 alla Sezione del lavoro l'assicurato ha, tra l'altro, dichiarato che: "(...) durante il periodo di disoccupazione ho avuto la mia residenza stabile a \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_, presso l'appartamento del sig. \_\_\_\_\_, condiviso da altri due coinquilini oltre a me ed il proprietario (...)." (cfr. doc. 13). In sede di ricorso il rappresentante dell'assicurato ha contestato puntualmente le argomentazioni addotte dall'amministrazione e, in particolare, ha sostenuto che la Sezione del lavoro non si sarebbe confrontata con le emergenze penali (decreto di non luogo a procedere) accontentandosi di un giudizio di mera possibilità (cfr. consid. 1.3). Al riguardo il TCA rileva innanzitutto che per il solo fatto che il magistrato penale abbia concluso che non è provato che l'assicurato non abbia risieduto a \_\_\_\_\_ (cfr. inc. penale doc. XVI acquisito agli atti sub inc. 30.2005.80, Decreto di non luogo a procedere del 1° marzo 2005 NLP 845/2005), non è possibile concludere il contrario e meglio che egli vi abbia risieduto. Infatti nel settore delle assicurazioni sociali non si esige la prova piena come il giudice civile o, in modo ancor più rigoroso, il giudice penale, ritenuto che in quest'ultima evenienza per il principio " in dubio pro reo " l'incertezza profitta all'accusato (cfr. DTF 126 V 319 consid. 5a; Piquerez, Procédure pénale suisse, Zurigo 2000, n. 102 pag. 22 e n. 1918 pag. 403). Il TFA ha ricordato questi principi in una sentenza del 15 gennaio 2001 nella causa P.-B., pubblicata in RDAT II-2001 N. 91 pag. 378, e ha sottolineato che conformemente al criterio della probabilità preponderante il giudice delle assicurazioni sociali, dopo un'analisi ed una valutazione oggettiva delle prove, deve seguire quella rappresentazione fattuale che ritiene essere la più verosimile tra i vari scenari possibili. Nel verbale d'interrogatorio 7 dicembre 2004 dell'assicurato si legge, in particolare, che: " (...) Secondo la Sezione del lavoro, risulta che Lei ha percepito dalla cassa disoccupazione \_\_\_\_\_ di \_\_\_\_\_, per il periodo maggio 2003/gennaio 2004 la somma di CHF 39'690.85. In questo periodo sembra che Lei non fosse residente in Svizzera. Rispondo che in quel periodo avevo la mia residenza stabile a \_\_\_\_\_, nell'appartamento di \_\_\_\_\_. D 5 : chi potrebbe confermare questa sua dichiarazione? R 5 : tutti i miei co-inquilini, ossia \_\_\_\_\_, \_\_\_\_\_, \_\_\_\_\_ e mia moglie che era a casa da sola. (...) D 7 : ci sono altre persone, non interessate in questa vicenda, che potrebbero testimoniare la sua presenza permanente nell'appartamento di \_\_\_\_\_ durante il periodo di disoccupazione? R 7 : non me ne vengono in mente. (...)." (cfr. doc. XVI/1 sub. inc 38.2005.80, verbale d'interrogatorio di RI 1, 7 dicembre 2004) Nei rispettivi interrogatori i suoi co-inquilini hanno, in particolare, rilasciato le seguenti dichiarazioni: " (...) L'interrogante mi chiede cosa posso dire circa la residenza di RI 1, \_\_\_\_\_ e \_\_\_\_\_ nell'appartamento di \_\_\_\_\_. Io ribadisco che risiedo a \_\_\_\_\_ regolarmente, per gli altri posso solo dire che loro sono più frequentemente su \_\_\_\_\_ e quindi non sono in grado di quantificare le loro presenze a \_\_\_\_\_. ADR : che nel corso di questo ultimo anno ritengo che abbiamo dormito almeno in due, sommando le singole notti, complessivamente per qualche mese. Come già detto non so essere più preciso, gli altri risponderanno per quanto li concerne. (...)." (cfr. doc. XVI/1 sub. inc 38.2005.80, verbale d'interrogatorio di \_\_\_\_\_, 7 dicembre 2004) " (...) ADR : che effettivamente RI 1, \_\_\_\_\_ e \_\_\_\_\_ non hanno mai risieduto stabilmente nell'appartamento di \_\_\_\_\_. Quando fui stato d'accordo di mettere a disposizione quell'appartamento per queste persone, era inteso che non vicessero tutti in quel posto in modo continuato. E' evidente che tutti e quattro nell'appartamento non era una situazione gestibile. ADR : che rarissimamente mi è capitato di dormire a \_\_\_\_\_ con tutte le

persone poc' anzi menzionate. Forse è capitato al massimo dieci volte, e questo comunque non in tempi recenti ma all'inizio del 2004. ADR : che la persona che maggiormente pernotta a \_\_\_\_\_, oltre al sottoscritto, è \_\_\_\_\_. Anche lui va a periodi. Ad esempio di recente era a \_\_\_\_\_ per un problema di salute della moglie. Comunque lui, durante la settimana, pernotta almeno due o tre notti. Succede anche che lui sia presente a \_\_\_\_\_ anche il fine settimana. (...)." (cfr. doc. XVI/1 sub. inc 38.2005.80, verbale d'interrogatorio di \_\_\_\_\_, 9 dicembre 2004) " (...) Confermo che negli ultimi mesi mi sono fermato raramente a dormire a \_\_\_\_\_. Intendo dire da giugno ad oggi. A luglio ero in ferie. Da quel periodo in poi mi era stato negato il diritto al sussidio di disoccupazione e pertanto le mie possibilità di spostamento si erano ridotte. E' anche vero che nei mesi precedenti, durante il mio periodo di disoccupazione (ndr. termine quadro per la riscossione dal 01.05.2003 al 31.04.2004), rimanevo poche sere a settimana a dormire a \_\_\_\_\_. Primo perché nel frattempo avevo un lavoro a \_\_\_\_\_, questo a partire dal giugno 2003. Secondo per il fatto che a volte rientrare da \_\_\_\_\_ su \_\_\_\_\_ era poco pratico. Io ho una famiglia a \_\_\_\_\_ ed era importante essere assieme a mia moglie ed ai miei figli di 2 e 3 anni. Il verbalizzante mi dice di quantificare queste mie presenze nell'appartamento di \_\_\_\_\_, dopo il maggio 2003 ed io rispondo che a volte rimanevo due o tre volte a settimana, altre volte meno. La mia presenza si giustificava quando avevo ad esempio dei colloqui per trovare un posto di lavoro o per presentarmi alla cassa disoccupazione o all'URC. ADR : che è vero che nell'appartamento di \_\_\_\_\_ non abbiamo mai abitato tutti assieme, intendo dire io, RI 1, \_\_\_\_\_ e \_\_\_\_\_. E' capitato molto raramente, credo cinque o sei notti, che abbiamo dormito assieme. ADR : che io, quando rimanevo a dormire, usufruivo del divano letto nel soggiorno. \_\_\_\_\_ e \_\_\_\_\_, almeno così mi sembra, dormivano nella camera da letto mentre RI 1 nel letto pieghevole in soggiorno. ADR : che è giusto dire che prevalentemente nell'appartamento di \_\_\_\_\_ risiedevano \_\_\_\_\_ e \_\_\_\_\_. (...)." (cfr. doc. XVI/1 sub. inc 38.2005.80, verbale d'interrogatorio di \_\_\_\_\_, 13 dicembre 2004) Ora, da quanto appena esposto non risulta in alcun modo che, durante il periodo da maggio 2003 a gennaio 2004, l'assicurato ha avuto la sua residenza effettiva e stabile a Paradiso. Non solo, il ricorrente non ha neppure provato, e di questo ne deve portare le conseguenze (circa l'obbligo di collaborare e le conseguenze dell'assenza di prova cfr. DLA 2001 N. 12, consid. 2b, pag. 145; STFA del 7 dicembre 2001 nella causa M., U 202/01; STFA del 5 settembre 2001 nella causa C., U 94/01; STFA del 9 maggio 2001 nella causa Z., P 36/00; STFA del 9 maggio 2001 nella causa L., P 52/00; SVR 1995 AHV Nr. 57 pag. 164 consid. 5a; RAMI 1993 pag. 158-159 consid. 3a; DTF 117 V 264 consid. 3b; SZS 1989 pag. 92; DTF 115 V 113; G. Beati "Relazione tra diritto civile e assicurazioni sociali. Introduzione e principi generali. La recente giurisprudenza del TFA.", atti della giornata di studio del 1° giugno 1992, CFPG fascicolo 8 , pag. 1 seg. (3). Su questi aspetti, cfr. inoltre: J. L. DUC, "Les assurances sociales en Suisse", Losanna 1995, pag. 827-828 e TH. Locher, "Grundriss des Sozialversicherungsrecht" Berna 1997, pag. 339-341 il quale rileva che "besondere Bedeutung hat die Mitwirkungspflicht dann, wenn der Sachverhalt ohne Mitwirkung der betroffenen Person gar nicht (weiter) erstellt werden kann".), che durante l'asserita residenza a Paradiso il centro delle proprie relazioni era in Svizzera. Al contrario, sempre durante il suo interrogatorio 7 dicembre 2004, l'assicurato ha affermato che: " (...) In effetti io solo saltuariamente trascorro la notte nell'appartamento di \_\_\_\_\_. Preciso che solamente da qualche mese trascorro la notte saltuariamente a \_\_\_\_\_ perché rientro in \_\_\_\_\_ dalla mia famiglia. Io sono sposato con \_\_\_\_\_ e dalla nostra unione

abbiamo avuto due figli. Quando dico saltuariamente intendo dire una a tre volte al mese, quando faccio tardi al lavoro. Per le mie necessità familiari preferisco, quando possibile, rientrare dalla mia famiglia. Questa è la situazione attuale, intendo dire dal marzo 2004 ad oggi. Per contro, in passato, risiedevo stabilmente in quell'appartamento, soprattutto nel periodo di disoccupazione in quanto dovevo eseguire le ricerche di lavoro, come di volta in volta concordato con l'ufficio di collocamento di \_\_\_\_\_. (...)” (cfr. doc. XVI/1 sub. inc 38.2005.80, verbale d'interrogatorio di RI 1, 7 dicembre 2004) Va qui ricordato che per concludere circa l'esistenza di un'effettiva residenza in Svizzera in ogni caso non basta che l'assicurato ritorni regolarmente in Svizzera allo scopo di ossequiare i suoi obblighi di disoccupato. Infatti, nella STFA del 6 marzo 2006 nella causa B. (C 290/03) (citata in esteso al consid. 2.5), il TFA si è così espresso: “(...) Das Fortdauern des gewöhnlichen Aufenthalts in der Schweiz setzt aber unter anderem voraus, dass trotz Unterbrüchen des tatsächlichen Aufenthaltes weiterhin eine enge Verbindung mit der hiesigen Arbeitswelt besteht (nicht veröffentlichtes Urteil G. vom 30. November 1999, C 183/99; vgl. auch BGE 125 V 469). Keinesfalls genügt es für die Bejahung eines gewöhnlichen Aufenthalts, wenn sich der Bezug zur Schweiz auf die regelmässige Rückkehr zwecks Erfüllung der Kontrollvorschriften beschränkt (z. B. nicht veröffentlichtes Urteil H. vom 30. Dezember 1997, C 272/96). (...)“ (cfr. la STFA succitata, la sottolineatura è del redattore). In simili circostanze, in applicazione dell'abituale criterio della verosimiglianza preponderante valido nell'ambito delle assicurazioni sociali (cfr. STFA del 19 ottobre 2004 nella causa G., C 78/04, consid. 3; STFA del 15 marzo 2004 nella causa P.B., C 292/02; STFA del 24 settembre 2003 nella causa R., C 281/02, consid. 1.3.2; STFA del 2 settembre 2003 nella causa C., U 319/02, consid. 1.3; STFA del 14 aprile 2003 nella causa M., U 165/02, consid. 1.2; STFA del 18 settembre 2001 nella causa W., C 264/99; STFA del 28 novembre 2000 nella causa S., H 407/99, consid. 5b; STFA del 22 agosto 2000 nella causa B., C 116/00, consid. 2b; STFA del 23 dicembre 1999 nella causa F., C 341/98, consid. 3; RDAT II-2001 N. 91 pag. 378; SVR 2001 KV N. 50 pag. 145; DTF 126 V 322 consid. 5a; DTF 125 V 195 consid. 2; SZS 1993 pag. 106 consid. 3a; RCC 1986 pag. 202 consid. 2c, RCC 1984 pag. 468 consid. 3b, RCC 1983 pag. 250 consid. 2b; DTF 115 V 142 consid. 8b, DTF 113 V 323 consid. 2a, DTF 112 V 32 consid. 1c, DTF 111 V 188 consid. 2b; Meyer, "Die Rechtspflege in der Sozialversicherung", in Basler Juristische Mitteilungen (BJM) 1989 pag. 31-32; Scartazzini, "Les rapports de causalité dans le droit suisse de la sécurité sociale", Basilea 1991, pag. 63), viste le risultanze appena riprodotte e alla luce della giurisprudenza citata (cfr. consid. 2.4 e 2.5), questo Tribunale deve concludere che durante il periodo in cui è stato disoccupato l'assicurato non risiedeva in Svizzera ai sensi dell'art. 8 cpv. 1 lett. c LADI. Di conseguenza, secondo questo Tribunale, a ragione la Sezione del lavoro Ufficio giuridico ha stabilito che dal 1° maggio 2003 al 6 gennaio 2004 l'assicurato non adempie i presupposti per poter essere posto al beneficio delle indennità di disoccupazione. Infine, l'assicurato non può neppure pretendere il diritto alle prestazioni fondandosi sull'art. 27 cpv. 2 LPGA (cfr. consid. 1.3 punto 9 e DTF 131 V 472). Infatti, da una parte, è stato l'assicurato stesso, sul formulario "Domanda d'indennità di disoccupazione" a dichiarare di essere domiciliato a \_\_\_\_\_ (cfr. doc. 19 V) e, d'altra parte, il conseguimento di un guadagno intermedio all'estero non esclude il diritto a beneficiare delle indennità di disoccupazione per delle persone che hanno la residenza effettiva nel nostro paese (cfr. STFA del 6 marzo 2006 nella causa B., C 290/03). La decisione su opposizione impugnata deve pertanto essere confermata e il ricorso respinto.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.